

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**[Nummer Erlassregister]****Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 9. Juni 1999 zur Ausführung des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens vom 2. Februar 2018 zwischen dem Föderalstaat, der Wallonischen Region, der Flämischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die Koordinierung der Politik in Sachen Arbeitserlaubnis mit der Politik in Sachen Aufenthaltsgenehmigung und in Sachen Normen für die Beschäftigung und den Aufenthalt ausländischer Arbeitnehmer, Artikel 16, Artikel 18 §2, Artikel 24 §1;

Aufgrund des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, Artikel 7, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016 und Artikel 8 §§1 und 2, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016;

Aufgrund des ausführenden Zusammenarbeitsabkommens vom 6. Dezember 2018 zwischen dem Föderalstaat, der Wallonischen Region, der Flämischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Ausführung des Zusammenarbeitsabkommens vom 2. Februar 2018 zwischen dem Föderalstaat, der Wallonischen Region, der Flämischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die Koordinierung der Politik in Sachen Arbeitserlaubnis mit der Politik in Sachen Aufenthaltsgenehmigung und in Sachen Normen für die Beschäftigung und den Aufenthalt ausländischer Arbeitnehmer;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 9. Juni 1999 zur Ausführung des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom ***;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom ***;

Aufgrund des Gutachtens [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates vom **;

In Erwägung der Tatsache, dass neben der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/1883 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2021 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hoch qualifizierten Beschäftigung und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/50/EG des Rates vorliegender Erlass einige Korrekturen an den Umsetzungsbestimmungen der Richtlinie 2014/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Beschäftigung als Saisonarbeitnehmer vornehmen soll;

Auf Vorschlag des Ministers für Beschäftigung;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 – Vorliegender Erlass dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/1883 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2021 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hoch qualifizierten Beschäftigung und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/50/EG des Rates.

Art. 2 – In Artikel 2 Absatz 1 des Königlichen Erlasses vom 9. Juni 1999 zur Ausführung des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, zuletzt abgeändert durch den Erlass vom 23. Mai 2019, wird folgende Nummer 37 eingefügt:

„37. Personen, die Inhaber einer durch einen anderen Mitgliedstaat ausgestellten und während der gesamten Dauer gültigen blauen Karte EU sind und die für eine Höchstdauer von 90 Tagen innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen nach Belgien kommen zur Ausübung einer geschäftlichen Tätigkeit.“

Art. 3 – Artikel 3.3 Absätze 2 und 3 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 23. Mai 2019, werden aufgehoben.

Art. 4 – Kapitel IV Abschnitt 1 Unterabschnitt 4 desselben Erlasses, der die Artikel 14 und 15 umfasst, wird aufgehoben.

Art. 5 – In Artikel 18.2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018, wird die Wortfolge „die in Artikel 61/25-2 §1 Absatz 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 aufgeführten Dokumente bei“ durch die Wortfolge „die der jeweiligen Kategorie entsprechenden im Gesetz vom 15. Dezember 1980 erwähnten Dokumente bei“ ersetzt.

Art. 6 – In Artikel 18.3 Absatz 1 Nummer 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018 wird das Wort „oder“ durch das Wort „und“ ersetzt.

Art. 7 – In Artikel 18.5 Nummer 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018, wird zwischen die Wörter „einer“ und „Übersetzung“ das Wort „deutschen“ eingefügt.

Art. 8 – In Artikel 18.6 Nummer 4 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018, wird zwischen die Wörter „einer“ und „Übersetzung“ das Wort „deutschen“ eingefügt.

Art. 9 – In Artikel 18.7 Nummer 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018, wird zwischen die Wörter „einer“ und „Übersetzung“ das Wort „deutschen“ eingefügt.

Art. 10 – In Artikel 18.8 Nummer 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018, wird zwischen die Wörter „einer“ und „Übersetzung“ das Wort „deutschen“ eingefügt.

Art. 11 – In Artikel 18.10 Nummer 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018, wird zwischen die Wörter „einer“ und „Übersetzung“ das Wort „deutschen“ eingefügt.

Art. 12 – In Artikel 18.11 Nummer 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018, wird die Wortfolge „und alle“ durch die Wortfolge „der alle“ eingefügt.

Art. 13 – In Artikel 18.12 Nummer 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018, wird zwischen die Wörter „einer“ und „Übersetzung“ das Wort „deutschen“ eingefügt.

Art. 14 – Artikel 18.14 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 18.14 – §1 – Dem in Artikel 18 Absatz 2 erwähnten Formular und den in Artikel 18.2 und 18.3 erwähnten Dokumenten fügt der Arbeitgeber folgende Dokumente bei, sollte es sich um in Artikel 9 Absatz 1 Nummer 4 erwähnte Arbeitnehmer handeln:

1. eine Kopie des datierten und durch beide Parteien unterschriebenen Arbeitsvertrags, in Übereinstimmung mit den Bestimmungen in Titel I und III des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über Arbeitsverträge oder eine Kopie des verbindlichen Arbeitsplatzangebots für eine hochqualifizierte Tätigkeit für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten;

2. die Dokumente, die bescheinigen, dass er über eine höhere berufliche Qualifikation verfügt. Dabei kann es sich um folgende Dokumente handeln:

a) entweder Dokumente, die höhere berufliche Fähigkeiten nachweisen;

b) oder eine Kopie des Diploms, welches bescheinigt, dass der Arbeitnehmer mindestens einen dreijährigen postsekundären Ausbildungszyklus bestanden hat an einer Lehranstalt für Hochschulunterricht, welche im Staat ihrer Niederlassung als solche anerkannt wurde. Das Diplom wird durch einen Übersetzer ins Deutsche übersetzt und die Kopie wird durch die zuständige diplomatische oder konsularische Vertretung legalisiert;

3. im Falle eines reglementierten Berufes den Nachweis, dass die geltenden Voraussetzungen für die Ausübung des reglementierten Berufs, der Gegenstand des Arbeitsvertrags oder des verbindlichen Arbeitsplatzangebots ist, erfüllt sind.

Handelt es sich um Arbeitnehmer, die bereits gemäß Artikel 9 Absatz 1 Nummer 6 beschäftigt wurden, sind die Absatz 1 Nummern 2 und 3 erwähnten Dokumente nicht einzureichen, insofern sie bereits für diese Beschäftigung geprüft wurden.

Unter höhere berufliche Fähigkeiten im Sinne von Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a) versteht man:

1. die berufliche Fähigkeit einer Führungskraft im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie oder eines Spezialisten im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie, die über eine mindestens dreijährige Berufserfahrung innerhalb der dem Antrag auf eine Blaue Karte EU vorausgegangenen sieben Jahren verfügen;

2. bei anderen Berufen, das Verfügen über mindestens fünf Jahre relevanter Berufserfahrung für den im Arbeitsvertrag oder verbindlichen Arbeitsplatzangebot genannten Beruf oder Beschäftigungsbereich.

Als Diplom gilt jedes von einer zuständigen Stelle ausgestellte Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstiger von ihr ausgestellter Befähigungsnachweis, welche nach erfolgreichem Abschluss eines Hochschulstudiums, d. h. einer Reihe von Lehrveranstaltungen in einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in dem betreffenden Staat erworben wurden, sofern die zu seinem Erwerb erforderlichen Studien mindestens drei Jahre gedauert haben.

§2 - Für die Inhaber einer Blauen Karte EU, die für eine Erlaubnis zum Zweck einer langfristigen Mobilität in Frage kommen, werden folgende Dokumente beigefügt:

1. die gültige vom ersten Mitgliedstaat ausgestellte Blaue Karte EU;
2. ein gültiger Arbeitsvertrag oder ein verbindliches Arbeitsplatzangebot für eine hoch qualifizierte Beschäftigung für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten;
3. im Falle reglementierter Berufe die Nachweise dafür, dass die Voraussetzungen für die Ausübung des reglementierten Berufs, der Gegenstand des Arbeitsvertrags oder des verbindlichen Arbeitsplatzangebots ist, erfüllt sind;
4. im Falle nicht reglementierter Berufe, wenn der Inhaber einer Blauen Karte EU im ersten Mitgliedstaat weniger als zwei Jahre gearbeitet hat, den Nachweis über die höheren beruflichen Qualifikationen für die auszuübende Beschäftigung;
4. ein gültiges Reisedokument;
5. ein Nachweis für das Erreichen der gemäß 30.9 Absatz 1 Nummer 2 festgelegten Gehaltsschwelle.“

Art. 15 – Artikel 18.37 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 wird das Wort „gefasst“ durch die Wortfolge „gefasst und notifiziert“ ersetzt;
2. §2 wird aufgehoben;
3. in §3 wird die Wortfolge „den Paragraphen 1 und 2 vorgesehenen Fristen“ durch die Wortfolge „Paragraf 1 vorgesehenen Frist“ ersetzt.

Art. 16 – In Kapitel VI Abschnitt 4 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 23. Mai 2019, wird folgender Artikel 30.2.1 eingefügt:

„Art. 30.2.1 – Handelt es sich um einen Antrag auf Arbeitserlaubnis zum Zweck der Saisonarbeit:

1. wird der Beschluss über den Antrag spätestens 90 Tage nach der Notifizierung der Vollständigkeit des Antrags gefasst und notifiziert;
2. wird der Beschluss über den Antrag auf Arbeitserlaubnis spätestens 60 Tage nach der Notifizierung der Vollständigkeit des Antrags gefasst und notifiziert, wenn der Antrag einen Drittstaatsangehörigen betrifft, der im Laufe der vergangenen fünf Jahre mindestens einmal als Saisonarbeitnehmer auf dem belgischen Staatsgebiet zugelassen war und während seines Aufenthalts die für Saisonarbeitnehmer geltenden Bedingungen eingehalten hat;
3. wird der Beschluss über den Antrag auf Erneuerung oder Verlängerung spätestens 30 Tage nach der Notifizierung der Vollständigkeit des Antrags gefasst und notifiziert.“

Art. 17 – Artikel 30.9 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 23. Mai 2019, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 30.9 – Die Arbeitserlaubnis im Rahmen der Blauen Karte EU wird unter folgenden Bedingungen erteilt:

1. der Arbeitgeber hat mit dem ausländischen Arbeitnehmer einen Arbeitsvertrag für eine unbestimmte Dauer oder für mindestens ein Jahr abgeschlossen oder ist im Besitz eines verbindlichen Arbeitsplatzangebots für eine hoch qualifizierte Beschäftigung für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten;
2. der ausländische Arbeitnehmer erhält jährlich mindestens 130% des durchschnittlichen Jahresbruttolohns, der dem Zwölfwachen des durchschnittlichen Monatslohns eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers in Belgien entspricht, der jährlich auf der Grundlage der Daten der Generaldirektion Statistik des Föderalen öffentlichen Dienstes Wirtschaft berechnet und von der zuständigen Behörde veröffentlicht wird;
3. der Arbeitnehmer verfügt über eine höhere berufliche Qualifikation für die auszuübende Beschäftigung gemäß Artikel 18.14 §1 Absatz 3.“

Art. 18 – In Kapitel VI Abschnitt 6 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 23. Mai 2019, wird folgender Artikel 30.9.1 eingefügt:

„30.9.1 – Wird in Abweichung von Artikel 3.3 im Falle eines Arbeitgeberwechsels während der ersten zwölf Monate der Blauen Karte EU ein neuer Arbeitsvertrag abgeschlossen, teilt

der neue Arbeitgeber dies der zuständigen Behörde mit und reicht den in Artikel 30.9 Nummer 1 erwähnten Arbeitsvertrag ein. Die zuständige Behörde kann diesen Wechsel spätestens innerhalb von 30 Tagen gemäß Artikel 18.30 ablehnen.

In Abweichung von Artikel 3.3 wird nach Ablauf der ersten zwölf Monate Beschäftigung aufgrund einer Blauen Karte EU gemäß Artikel 30.9 ein Wechsel des Arbeitgebers oder jede bedeutende Änderung der Arbeitsbedingungen, die Folgen für die Gültigkeit hat, den zuständigen Behörden mitgeteilt. In diesem Fall ist die Blaue Karte EU in Abweichung von Artikel 3 Absatz 2 für eine Beschäftigung bei jedem Arbeitgeber gültig, insofern die in Artikel 30.9 erwähnten Bedingungen erfüllt sind.

Während seiner Arbeitslosigkeit darf der Inhaber einer Blauen Karte EU Beschäftigung suchen und aufnehmen. Der Inhaber einer Blauen Karte EU meldet den zuständigen Behörden den Beginn sowie gegebenenfalls das Ende der Arbeitslosigkeit.“

Art. 19 – In Artikel 34 desselben Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 6. Februar 2003 und den Erlass der Regierung vom 23. Mai 2009, werden folgende Nummern 11 und 12 eingefügt:

„11. wenn das Unternehmen des Arbeitgebers hauptsächlich zu dem Zweck gegründet wurde oder betrieben wird, die Einreise von Drittstaatsangehörigen zu erleichtern;

12. wenn der Inhaber der Blauen Karte EU Arbeitslosenzeiten von mehr als drei Monaten kumuliert und die Blaue Karte EU weniger als zwei Jahre besitzt oder wenn der Inhaber der Blauen Karte EU Arbeitslosenzeiten von mehr als sechs Monaten kumuliert und die Blaue Karte EU mindestens zwei Jahre besitzt. “

Art. 20 – Artikel 35 §2 desselben Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 6. Februar 2003 und den Erlass vom 23. Mai 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird folgende Nummer 6 eingefügt:

„6. wenn der Inhaber der Blauen Karte EU Arbeitslosenzeiten von mehr als drei Monaten kumuliert und die Blaue Karte EU weniger als zwei Jahre besitzt oder wenn der Inhaber der Blauen Karte EU Arbeitslosenzeiten von mehr als sechs Monaten kumuliert und die Blaue Karte EU mindestens zwei Jahre besitzt.“

2. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Zieht der Inhaber einer blauen Karte EU im Rahmen der langfristigen Mobilität in einen anderen Mitgliedstaat, wird die blaue Karte EU so lange nicht entzogen, bis der zweite Mitgliedstaat über den Antrag auf langfristige Mobilität entschieden hat, es sei denn der Entzug findet aus Gründen der öffentlichen Ordnung beziehungsweise der öffentlichen Sicherheit oder aufgrund von Absatz 1 Nummer 1 statt.“

Art. 21 – In Artikel 36.1 Absatz 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 23. Mai 2009, wird die Angabe „und 21“ durch die Angabe „21 und 22“ ersetzt.

Art. 22 – Artikel 37/1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der wallonischen Regierung vom 6. November 2014 und abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 7. Juni 2018 und vom 23. Mai 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird die Wortfolge „in den Artikeln 30.7 und 30.9“ durch die Wortfolge „in Artikel 30.7“ ersetzt;

2. in Absatz 2 Nummer 2 wird die Angabe „53.971 Euro“ durch die Wortfolge „der in Artikel 30.7 Absatz 1 erwähnte Betrag“ ersetzt.

Art. 23 – Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Art. 24 – Der Minister für Beschäftigung wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
I. WEYKMANS

Isabelle
Weykmans

Digital unterschrieben
von Isabelle Weykmans
Datum: 2023.11.03
11:19:24 +01'00'

GOVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[Numéro d'enregistrement]

Avant-projet d'arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté royal du 9 juin 1999 portant exécution de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers.

LE GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE,

Vu l'accord de coopération du 2 février 2018 entre l'État fédéral, la Région wallonne, la Région flamande, la Région de Bruxelles-Capitale et la Communauté germanophone portant sur la coordination des politiques d'octroi d'autorisations de travail et d'octroi du permis de séjour, ainsi que les normes relatives à l'emploi et au séjour des travailleurs étrangers et portant création d'une plateforme électronique dans le cadre de la procédure de demande unique de séjour à des fins d'emploi, article 16, article 18, § 2, article 24, § 1 ;

Vu la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers, article 7, modifié en dernier lieu par le décret du 25 avril 2016, et article 8 §§ 1 et 2, modifié en dernier lieu par le décret du 25 avril 2016 ;

Vu l'accord de coopération du 6 décembre 2018 entre l'État fédéral, la Région wallonne, la Région flamande, la Région de Bruxelles-Capitale et la Communauté germanophone portant exécution à l'accord de coopération du 2 février 2018 entre l'État fédéral, la Région wallonne, la Région flamande, la Région de Bruxelles-Capitale et la Communauté germanophone portant sur la coordination des politiques d'octroi d'autorisations de travail et d'octroi du permis de séjour, ainsi que les normes relatives à l'emploi et au séjour des travailleurs étrangers ;

Vu l'arrêté royal du 9 juin 1999 portant exécution de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers ;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances du *** ;

Vu l'accord du Ministre-Président, responsable du budget, du *** ;

Vu l'avis [numéro] du Conseil d'État rendu le [date] en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973 ;

Considérant l'avis du Conseil économique et social du ** ;

Considérant qu'outre la transposition de la directive (UE) 2021/1883 du Parlement européen et du Conseil du 20 octobre 2021 établissant les conditions d'entrée et de séjour des ressortissants de pays tiers aux fins d'un emploi hautement qualifié, et abrogeant la directive 2009/50/CE du Conseil, le présent arrêté vise à apporter quelques corrections aux dispositions transposant la directive 2014/36/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 février 2014 établissant les conditions d'entrée et de séjour des ressortissants de pays tiers aux fins d'un emploi en tant que travailleur saisonnier ;

Sur proposition du Ministre de l'Emploi ;

Après délibération,

Arrête :

Article 1er - Le présent arrêté vise à transposer partiellement la directive (UE) 2021/1883 du Parlement européen et du Conseil du 20 octobre 2021 établissant les conditions d'entrée et de séjour des ressortissants de pays tiers aux fins d'un emploi hautement qualifié, et abrogeant la directive 2009/50/CE du Conseil.

Art. 2 - L'article 2, alinéa 1^{er}, de l'arrêté royal du 9 juin 1999 portant exécution de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers, modifié en dernier lieu par l'arrêté du 23 mai 2019, est complété par un 37° rédigé comme suit :

« 37° Les titulaires d'une carte bleue européenne délivrée par un autre État membre et valable pendant toute sa durée, qui séjournent en Belgique pour exercer une activité commerciale pour une durée maximale de nonante jours au cours d'une période de cent quatre-vingts jours. »

Art. 3 - Les alinéas 2 et 3 de l'article 3.3 du même arrêté, insérés par l'arrêté du 23 mai 2019, sont abrogés.

Art. 4 - Le chapitre IV, section 1re, sous-section 4 du même arrêté, qui comprend les articles 14 et 15, est abrogé.

Art. 5 - Dans l'article 18.2 du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 juin 2018, les mots « les documents visés à l'article 61/25-2, § 1er, alinéa 2, de la loi du 15 décembre 1980 » sont remplacés par les mots « les documents correspondant à la catégorie concernée, visés par la loi du 15 décembre 1980 ».

Art. 6 - Dans l'article 18.3, § 1er, 2°, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 juin 2018, le mot « ou » est remplacé par le mot « et ».

Art. 7 - Dans l'article 18.5, 2°, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 juin 2018, le mot « allemande » est inséré entre le mot « traduction » et les mots « le cas échéant ».

Art. 8 - Dans l'article 18.6, 4°, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 juin 2018, le mot « allemande » est inséré entre le mot « traduction » et les mots « le cas échéant ».

Art. 9 - Dans l'article 18.7, 2°, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 juin 2018, le mot « allemande » est inséré entre le mot « traduction » et les mots « le cas échéant ».

Art. 10 - Dans l'article 18.8, 1°, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 juin 2018, le mot « allemande » est inséré entre le mot « traduction » et les mots « le cas échéant ».

Art. 11 - Dans l'article 18.10, 1°, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 juin 2018, le mot « allemande » est inséré entre le mot « traduction » et les mots « le cas échéant ».

Art. 12 - Dans l'article 18.11, 1°, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 juin 2018, les mots « et toutes » sont remplacés par les mots « de toutes ».

Art. 13 - Dans l'article 18.12, 1°, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 juin 2018, le mot « allemande » est inséré entre le mot « traduction » et les mots « le cas échéant ».

Art. 14 - L'article 18.14 du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 décembre 2018 est remplacé par ce qui suit :

« Art. 18.14 - § 1er - Au formulaire visé à l'article 18, alinéa 2, et aux documents visés aux articles 18.2 et 18.3, l'employeur joint les documents suivants s'il s'agit de travailleurs visés à l'article 9, alinéa 1er, 4° :

1° une copie du contrat de travail conforme aux dispositions des titres I à III de la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail, daté et signé par les deux parties ou une copie de l'offre d'emploi ferme pour un emploi hautement qualifié pour une période d'au moins six mois ;

2° les documents attestant qu'il dispose d'une qualification professionnelle supérieure. Il peut s'agir des documents suivants :

a) soit des documents attestant de compétences professionnelles supérieures ;

b) une copie du diplôme du travailleur attestant la réussite d'au moins trois années d'études supérieures postsecondaires dispensées par un établissement d'enseignement supérieur reconnu comme tel par l'Etat où il est établi. Le diplôme est traduit vers l'allemand par un traducteur et la copie est légalisée par le poste diplomatique ou consulaire compétent.

3° dans le cas d'une profession réglementée, la preuve que les conditions applicables à l'exercice de la profession réglementée faisant l'objet du contrat de travail ou de l'offre d'emploi ferme sont remplies.

S'il s'agit de travailleurs déjà occupés conformément à l'article 9, alinéa 1er, 6°, les documents visés à l'alinéa 1er, 2° et 3°, ne doivent pas être fournis dans la mesure où ils ont déjà été examinés pour cette occupation.

Par « compétences professionnelles supérieures », au sens de l'alinéa 1er, 2° a), on entend :

1° la capacité professionnelle d'un cadre ICT ou d'un expert ICT ayant une expérience professionnelle d'au moins trois ans au cours des sept années précédant la demande de carte bleue européenne ;

2° pour les autres professions, disposer d'une expérience professionnelle pertinente d'au moins cinq ans dans la profession ou le domaine d'activité mentionné dans le contrat de travail ou l'offre d'emploi ferme.

Est considéré comme diplôme tout diplôme, certificat ou autre titre de formation, délivré par une autorité attestant l'accomplissement avec succès d'un programme d'études supérieures, c'est-à-dire un ensemble de cours dispensés par un institut d'enseignement reconnu comme établissement d'enseignement supérieur par l'État dans lequel il se situe, à condition que les études nécessaires à son obtention aient duré trois années au moins.

§ 2 - Pour les titulaires d'une carte bleue européenne pour lesquels un permis de mobilité de longue durée entre en ligne de compte, les documents suivants sont joints :

1° la carte bleue européenne valide délivrée par le premier État membre ;

2° un contrat de travail valide ou une offre d'emploi ferme pour un emploi hautement qualifié pour une période d'au moins six mois ;

3° dans le cas d'une profession réglementée, la preuve que les conditions applicables à l'exercice de la profession réglementée faisant l'objet du contrat de travail ou de l'offre d'emploi ferme sont remplies ;

4° dans le cas des professions non réglementées, si le titulaire d'une carte bleue européenne a travaillé moins de deux ans dans le premier État membre, la preuve des qualifications professionnelles supérieures pour l'emploi à exercer ;

4° un document de voyage en cours de validité ;

5° une preuve que le seuil salarial fixé conformément à 30.9, alinéa 1er, 2°, est atteint. »

Art. 15 - À l'article 18.37 du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 décembre 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1er, le mot « prise » est remplacé par les mots « prise et notifiée » ;

2° le § 2 est abrogé ;

3. dans le § 3, les mots « des délais prévus aux paragraphes 1er et 2 » sont remplacés par les mots « du délai prévu au paragraphe 1er ».

Art. 16 - Dans le chapitre VI, section 4, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 23 mai 2019, il est inséré un article 30.2.1 rédigé comme suit :

« Art. 30.2.1 - S'il s'agit d'une demande d'autorisation de travail aux fins d'un travail saisonnier :

1° la décision relative à la demande est prise et notifiée au plus tard dans les nonante jours suivant la notification de la complétude de ladite demande ;

2° la décision relative à la demande d'autorisation de travail est prise et notifiée au plus tard dans les soixante jours après la notification de la complétude de la demande, s'il s'agit d'une demande qui concerne un ressortissant d'un pays tiers autorisé au moins une fois à séjourner en tant que travailleur saisonnier sur le territoire belge au cours des cinq dernières années et ayant respecté, pendant la durée de son séjour, les conditions applicables aux travailleurs saisonniers ;

3° la décision relative à la demande de renouvellement ou de prolongation est prise et notifiée au plus tard dans les trente jours suivant la notification de la complétude de ladite demande. »

Art. 17 - L'article 30.9 du même arrêté, inséré par l'arrêté du 23 mai 2019 est remplacé par ce qui suit :

« Art. 30.9 - L'autorisation de travail dans le cadre de la carte bleue européenne est octroyée aux conditions suivantes :

1° l'employeur a conclu, avec le travailleur étranger, un contrat de travail pour une durée indéterminée ou pour au moins un an ou est en possession d'une offre d'emploi ferme pour un emploi hautement qualifié pour une période d'au moins six mois ;

2° le travailleur étranger perçoit annuellement au moins 130 % du salaire annuel brut moyen correspondant à douze fois le salaire mensuel moyen d'un travailleur à temps plein en Belgique, calculé annuellement sur la base des données de la Direction générale Statistique du Service public fédéral Économie et publié par l'autorité compétente ;

3° le travailleur dispose d'une qualification professionnelle supérieure pour l'emploi à exercer conformément à l'article 18.14, § 1er, alinéa 3. »

Art. 18 - Dans le chapitre VI, section 6, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 23 mai 2019, il est inséré un article 30.9.1 rédigé comme suit :

« 30.9.1 - Par dérogation à l'article 3.3, en cas de changement d'employeur au cours des douze premiers mois de la carte bleue européenne, si un nouveau contrat de travail est conclu, le nouvel employeur en informe l'autorité compétente et soumet le contrat de travail visé à l'article 30.9, 1°. L'autorité compétente peut rejeter ce changement au plus tard dans les trente jours conformément à l'article 18.30.

Par dérogation à l'article 3.3, tout changement d'employeur ou toute modification significative des conditions de travail au terme des douze premiers mois d'occupation ayant des conséquences sur la validité dans le cadre d'une carte bleue européenne conformément à l'article 30.9, est notifié aux autorités compétentes. Dans ce cas, par dérogation à l'article 3, alinéa 2, la carte bleue européenne est valable pour un emploi auprès de tout employeur, pour autant que les conditions mentionnées à l'article 30.9 soient remplies.

Pendant sa période de chômage, le titulaire d'une carte bleue européenne peut chercher et prendre une occupation. Le titulaire d'une carte bleue européenne notifie aux autorités compétentes le début et, le cas échéant, la fin de la période de chômage. »

Art. 19 - Dans l'article 34 du même arrêté, modifié par l'arrêté royal du 6 février 2003, et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2009, sont insérés les 11° et 12° rédigés comme suit :

« 11° lorsque l'entreprise de l'employeur a été créée ou est exploitée principalement dans le but de faciliter l'entrée de ressortissants de pays tiers ;

12° si le titulaire de la carte bleue européenne cumule des périodes de chômage de plus de trois mois et possède la carte bleue européenne depuis moins de deux ans ou si le titulaire de la carte bleue

européenne cumule des périodes de chômage de plus de six mois et possède la carte bleue européenne depuis au moins deux ans. »

Art. 20 - À l'article 35, § 2, du même arrêté, modifié par l'arrêté royal du 6 février 2003, et modifié par l'arrêté du 23 mai 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1er, il est inséré un 6° rédigé comme suit :

« 6° si le titulaire de la carte bleue européenne cumule des périodes de chômage de plus de trois mois et possède la carte bleue européenne depuis moins de deux ans ou si le titulaire de la carte bleue européenne cumule des périodes de chômage de plus de six mois et possède la carte bleue européenne depuis au moins deux ans. »

2° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Lorsque le titulaire d'une carte bleue européenne se rend dans un autre État membre dans le cadre d'une mobilité de longue durée, sa carte bleue européenne ne fait pas l'objet d'un retrait tant que le deuxième État membre n'a pas statué sur sa demande de mobilité de longue durée, à moins que ce retrait ne soit motivé par des raisons d'ordre public ou de sécurité publique ou par l'alinéa 1er, 1°. »

Art. 21 - L'article 36.1, alinéa 1er, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 23 mai 2009, les mots « et 21° » sont remplacés par les mots « 21° et 22° ».

Art. 22 - A l'article 37/1 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement wallon du 6 novembre 2014 et modifié par les arrêtés du 7 juin 2018 et du 23 mai 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1er, les mots « aux articles 30.7 et 30.9 » sont remplacés par les mots « à l'article 30.7 » ;

2° dans l'alinéa 2, 2°, les mots « 53.971 euros » sont remplacés par les mots « le montant visé à l'article 30.7, alinéa 1er » ;

Art. 23 - Le présent arrêté entre en vigueur le 1er janvier 2024.

Art. 24 - Le Ministre qui a l'Emploi dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias
I. WEYKMANS